

Was aus der Schweizer Klima- und Frauenwahl geworden ist

Autor(en): **Wenger, Susanne / Hermann, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **50 (2023)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1052107>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Was aus der Schweizer Klima- und Frauenwahl geworden ist

Am 22. Oktober finden in der Schweiz die Parlamentswahlen statt. Bei den letzten nationalen Wahlen 2019 kam es zu einer grünen Welle und zum Linksrutsch. Zudem schafften so viele Frauen wie noch nie die Wahl. Wie hat sich das alles ausgewirkt? Eine Bestandesaufnahme mit dem Politikwissenschaftler Michael Hermann zu Beginn des Wahljahrs 2023.

INTERVIEW: SUSANNE WENGER

Schweizer Revue: Michael Hermann, bei den Schweizer Parlamentswahlen 2019 erstarkte die linke Grüne Partei, auch die Grünliberalen legten zu. Zwei Jahre später verwarf das Volk das CO₂-Gesetz, das die Klimapolitik voranbringen wollte. Wie passt das zusammen?

Michael Hermann: Es wirkt wie ein Widerspruch. Zuerst die grosse grüne Welle bei den Wahlen, eine für Schweizer Verhältnisse historische Verschiebung. Dann in der Abstimmung nicht einmal fünfzig Prozent für das nicht allzu strenge CO₂-Gesetz. Verschiedene Faktoren führten dazu, dass die grüne Welle sich sachpolitisch weniger auswirkte als vielleicht gedacht. Klima und Umwelt stehen zwar bis heute ganz oben auf dem Sorgenbarometer der Bevölkerung. Als aber Benzin und Fliegen teurer werden sollten, war vielen das eigene Portemonnaie näher als der solidarische Beitrag zum Klimaschutz. Kommt dazu: Auch 2019 wählte nur eine Minderheit grün.

Die grünen Kräfte gewannen zusammen immerhin 21 Prozent der Wählenden. Die Grüne Partei errang im Nationalrat so viele zusätzliche Sitze wie noch nie eine Partei vor ihr.

Ja, die Grünen konnten ausgezeichnet mobilisieren, waren sichtbar und aktiv. Um aber klimapolitisch etwas zu bewegen, braucht es im mehrheitlich bürgerlichen Schweizer Parlament breite Allianzen. Diese entstanden erst unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, der sich auf die Energieversor-

gung der Schweiz auswirkte. Plötzlich ging es weniger ums globale Klima als darum, im Winter warm und genug Strom für hiesige Haushalte und Unternehmen zu haben. Das beschleunigte die Energiewende im Rekordtempo, während die politischen Mühen in der Schweiz sonst langsam mahlen.



Sie sprechen die Solaroffensive inklusive Wasserkraft-Förderung an, die das Parlament im Herbst 2022 beschloss und die sofort in Kraft gesetzt wurde.

Fotovoltaik galt in der Schweiz lange als alternativer grüner Spleen, als weiche Technologie. Jetzt wird Solarenergie als Möglichkeit gesehen, um das Land versorgungssouveräner zu machen. Sie ist zur realen Vorstellung geworden, wie die Schweiz ihre Energiezukunft gestalten will. Eine Allianz von Grünen bis zu Rechtsbürgerli-

chen bildete sich, ehemals skeptische Hausbesitzer wurden Fotovoltaik-Fans. Die Realität des Ukraine-Kriegs hat also fast mehr in Bewegung gesetzt als die grüne Welle bei den Wahlen 2019.

Ihr Institut erstellt im Auftrag von Schweizer Radio und Fernsehen Wahlbarometer. Ein Jahr vor den Wahlen 2023 stellten Sie fest, die grüne Welle habe sich abgeschwächt.

Die Grünen sind kommunikativ in einer schwierigen Lage. Zwar hat ihr grosses Thema Klima und Umwelt seit 2019 nochmals an Bedeutung gewonnen, gerade auch mit dem Hitzesommer 2022 in der Schweiz. Aber es wird inzwischen nicht mehr nur mit ihnen in Verbindung gebracht und hat den Fokus verändert. Jetzt reden auch Kraftwerkleute und der industrielle Komplex von erneuerbaren Energien. Und es geht mehr um die Versorgungssicherheit der Schweiz als um das, was die Grünen fordern: einen ressourcenschonenden Lebensstil. Die Wahlen 2019 folgten auf eine Phase wirtschaftlicher Prosperität, nun haben wir Krisenzeiten. Da haben es als idealistisch empfundene Themen, wie sie die Grünen bedienen, schwerer.

2019 wurden so viele Frauen wie noch nie seit Einführung des Frauenstimmrechts 1971 ins Parlament gewählt. Der Frauenanteil in der grossen Parlamentskammer, dem Nationalrat, stieg auf über vierzig Prozent. Hat sich das auch sachpolitisch bemerkbar gemacht?

Ja, das hat es. Die Frauenwahl von 2019 richtete sich auch ein wenig gegen den Politikertypus des konservativen Alpha-Männchens, der in der



«Die Realität des
Ukraine-Kriegs hat
fast mehr in Bewegung
gesetzt als die
grüne Welle bei den
Wahlen 2019.»

Michael Hermann

Schweizer Politik lange vorgeherrscht hatte, rechts wie links. Jetzt ist das Parlament offener und progressiver geworden, was gesellschaftliche Entwicklungen spiegelt. Das zeigen etwa Entscheide zur familienexternen Kinderbetreuung. Diese wird heute als Thema ernst genommen, während die Schweiz zuvor lange an konservativen Rollenbildern festhielt. Auch die Ehe für alle kam in dieser Legislatur zustande, ebenfalls ein Zeichen grösserer gesellschaftlicher Offenheit.

2022 öffneten sich wieder Geschlechtergräben. So überstimmten beim Volksentscheid für ein höheres Frauenrentenalter die Männer die Frauen ungewohnt deutlich.

Die AHV-Reform betraf die Frauen unmittelbar bei ihrer Altersrente und Arbeitsperspektive. Solche Vorlagen mit derart direkten Folgen allein für ein Geschlecht gibt es selten. Insofern verändert die AHV-Abstimmung das Gesamtbild nicht. Eines machte sie allerdings wieder stärker bewusst: Geschlechterpolitik ist mehr als Lifestyle. Es geht um klassische Sozialpolitik, wirtschaftliche Absicherung. Das war besonders ein Fingerzeig an die SP.



Die Sozialdemokratische Partei lehnte die AHV-Reform – eines der wichtigsten Geschäfte der Legislatur – ab und verlor nur unerwartet knapp gegen das geschlossene bürgerliche Lager.

Die AHV-Abstimmung zeigte: Themen der sozialen Sicherheit, gerade auch aus Frauensicht, können über das eigentliche SP-Milieu hinaus mobilisieren. Zugleich betonen bestimmte Parteikreise eher kulturkämpferische Themen der Identitätspolitik, was potenzielle Wählerinnen und Wähler abschrecken kann. In Krisenzeiten wie diesen profitieren Parteien von Themen, bei denen sie traditionell als kompetent erachtet werden. Bei der SP ist es die Sozialpolitik, bei der FDP sind es Wirtschaftsthemen.

2019 büsst alle in der Landesregierung vertretenen Parteien mehr oder weniger Wähleranteile und Parlamentssitze ein: SP, FDP, Mitte und – weitaus am deutlichsten – die grosse rechtskonservative SVP. Konnte letztere wieder Boden gutmachen?

Nicht wirklich. Sie ist zwar die wählerstärkste Partei der Schweiz geblieben. In der Corona-Zeit positionierte sie sich gegen ergriffene Schutzmassnahmen und fand dadurch Anschluss an coronaskeptische Bewegungen. Das schreckte aber auch Leute ab, genauso wie Putin-freundliche Positionen von SVP-Exponenten im Ukraine-Krieg. Kommt dazu, dass sich die freisinnige Konkurrenz mit ihrem neuen Parteipräsidenten Thierry Burkart 2021 wieder etwas bürgerlicher

und rechter ausrichtete. Was die SVP sucht, ist ein grosses Thema.

Den Rechtskonservativen fehlt ein Aufreger-Thema?

Bis zu den Wahlen 2015 hatten der SVP vor allem die Themen Europa und Migration starken Auftrieb gegeben. Damit konnte sie die anderen Parteien über Jahre vor sich hertrei-



Zur Person:

Der Berner Michael Hermann ist Inhaber und Leiter des Forschungsinstituts Sotomo in Zürich. Der promovierte Sozialgeograf und Buchautor analysiert die Schweizer Politik und Gesellschaft seit vielen Jahren.

Fotos Frank Brüderli

ben. Das hat sich geändert. Europapolitisch agierte die Landesregierung so zurückhaltend, dass die SVP gar nichts hat, gegen das sie in Opposition gehe könnte. Migration und Zuwanderung beschäftigten nicht mehr so stark, auch wegen des Fachkräftemangels in der Schweiz. Rückt aber das Ausländerthema in den nächsten Monaten stärker in den Fokus der Öffentlichkeit, wird auch die SVP wieder besser mobilisieren können als 2019.

Warum ging es nach den letzten Wahlen europapolitisch nicht vorwärts? Wie stabil sind die politischen Kräfteverhältnisse in der Schweiz inmitten von Krisen? Lesen Sie weitere Antworten von Michael Hermann in der Online-Ausgabe: [revue.link/hermann](https://www.revue.ch/revue/2022/11/hermann)